

V-89 Humanität und Ordnung: Asylrecht erhalten – Einwanderung gestalten

Antragsteller*in: Matthias Schimpf (KV Bergstraße)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Die heutige Migrationssituation stellt Gesellschaft und Politik vor große
2 Herausforderungen und trägt wesentlich dazu bei, dass immer mehr Menschen das
3 Grundvertrauen in die demokratischen Institutionen verlieren. Eine Bewältigung
4 dieses Problems, das sowohl die Menschenrechte der schutzbedürftigen
5 Migrantinnen und Migranten als auch die Interessen der einheimischen Bevölkerung
6 erfüllt, ist von fundamentaler Bedeutung für die Verteidigung und Stärkung
7 unseres demokratischen Gemeinwesens. Genauso müssen wir feststellen, dass unser
8 jetziges Vorgehen bei der Migration nicht human ist, sondern viel zu oft den
9 Stärkeren hilft.

10 Wir wollen dazu beitragen, dass das Recht auf Asyl und seine Akzeptanz erhalten
11 bleibt und dafür die anstehenden Probleme lösen.

12 Die Situation:

13 Viele Kommunen haben die Belastungsgrenze erreicht, oftmals auch schon
14 überschritten. Der Landkreistag hat dies sehr deutlich gemacht und in seinem
15 aktuellen Positionspapier klare Forderungen aufgestellt.

- 16 • Es fehlt an Häusern, günstigen Wohnraum und bebaubaren Flächen zur
17 Unterbringung der Migranten, sowohl im Verfahren als auch anschließend
18 nach einer Anerkennung. Dies hat zur Folge, dass Menschen über einen
19 langen Zeitraum in Provisorien untergebracht werden müssen.
- 20 • Beratungs- und Verwaltungsstrukturen, sowie Ehrenamtliche sind aufgrund
21 der stetig steigenden Zahl von zu betreuenden Menschen überlastet, sie
22 können weder ausreichende Betreuung noch Beratung und/oder Unterstützung
23 bei der Integration anbieten oder leisten, Dies hat zur Folge, dass die
24 Kommunen den Menschen zeitnah kein Integrationsangebot machen können und
25 diese sich im Wesentlichen selbst überlassen bleiben.
- 26 • Kindertagesstätten und Schulen sind in vielen Fällen jenseits der
27 Leistungs- und Belastungsgrenzen aufgrund der hohen Zahl der
28 aufzunehmenden und zu integrierenden Kinder bei gleichzeitigem
29 Fachkräftemangel. Dies hat zur Folge, dass wichtige pädagogische Förderung
30 und Betreuung nicht mehr gewährleistet ist.
- 31 • Versorgungsstrukturen der Bevölkerung wie die kinder- oder
32 allgemeinärztliche Versorgung ist in vielen ländlichen Gemeinden schon
33 heute angespannt und wird sich bei einem weiteren Zuzug wie in den
34 vergangenen zwölf Monaten weiter massiv verschlechtern.

35 Hinter dem quantitativen Problem stehen aber auch eine Reihe grundsätzlicher
36 Probleme, vor denen wir nicht die Augen verschließen dürfen.

- 37 • Unter den vielen Geflüchteten und Asyl-Beantragenden, unabhängig von den
38 Gründen ihrer Flucht, gibt es auch Menschen, die unserer Demokratie und
39 dem Rechtsstaat massiv Schaden zufügen bis hin zu Gefährdern und
40 Attentätern.
- 41 • Es gibt ein nicht nur von vielen Menschen subjektiv empfundenes, sondern
42 auch real existierendes Sicherheitsproblem. Kriminalität, Extremismus,
43 militanter Islamismus, Radikalisierungstendenzen und -strukturen bedrohen
44 unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung und unser
45 zivilgesellschaftliches Zusammenleben.
- 46 • Umgekehrt führt dies zu einem rapiden Akzeptanzverlust nicht nur der
47 Migrationspolitik und des Asylrechts in der Bevölkerung, teilweise zu
48 einem Generalverdacht gegen Menschen mit Migrationshintergrund und darüber
49 hinaus zu Zweifeln an der Funktionstüchtigkeit des demokratischen Systems
50 überhaupt.

51 GRÜNE Migrationspolitik nimmt die Herausforderungen ernst:

52 Wir bekennen uns zum individuellen Recht auf Asyl und erteilen Forderungen nach
53 Abschaffung dieses Rechts eine klare Absage. Dieses Recht wollen wir erhalten,
54 auch als Verpflichtung der deutschen Geschichte gegenüber und als Auftrag der
55 Mütter und Väter des Grundgesetzes. Asyl kann aber nur Menschen gewährt werden,
56 die unter die Regelungen des Art. 16 Abs. 1 unseres Grundgesetzes fallen.

57 Dabei stehen wir zu folgenden Grundätzen bei der Asylpolitik:

- 58 • Eine Politik, die Menschen in Not (politisch Verfolgte, vom Krieg
59 Geflüchtete) Schutz und Hilfe gewährt;
- 60 • die sich zu den demographischen und wirtschaftlichen Bedürfnisse nach
61 einer
62 Zuwanderung von Arbeitskräften bekennt und diese offensiv angeht;
- 63 • die legale Migration als Chance für unsere Gesellschaft begreift;
- 64 • die unsere demokratischen, emanzipativen, freiheitlichen Werte wehrhaft
65 verteidigt gegen diejenigen, welche Straftaten begehen, unsere
66 freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährden oder gar unser Land in
67 ein «Kalifat» verwandeln wollen, und solche Menschen konsequent des Landes
68 verweist;
- 69 • die allen Einwohnerinnen und Einwohnern unseres Landes eine höchstmögliche
70 Sicherheit und Wohlfahrt zukommen lassen will, egal ob es einen
71 Migrationshintergrund gibt oder nicht.

72 Für eine moderne Migrationspolitik müssen wir jetzt handeln:

73 Neben dieser klaren Positionierung wollen wir Grünen die bestehenden Probleme
74 angehen, um die Funktionsfähigkeit unseres Staates zu sichern und ebenso die
75 Akzeptanz für unser Asylrecht.

76 Daraus leiten wir Folgendes ab:

- 77 • Wir trennen die verschiedenen Arten von Migration und behandeln diese
78 unterschiedlich.
 - 79 ◦ Asyl nach Art. 16a Abs. 1 GG:
80 Alle Menschen, die politisch verfolgt werden genießen bei uns Asyl.
 - 81 ◦ Massenfluchten/Kriegsflüchtlinge:
82 Diese werden möglichst in unmittelbarer Nähe der Herkunftsländer
83 bewältigt und gegebenenfalls von uns temporär aufgenommen. Die
84 kulturelle und oft auch sprachliche Ähnlichkeit erleichtert die
85 Bewältigung der damit verbundenen riesigen Aufgaben. Familiäre
86 Bindung und Rückkehr, sofern möglich, sind dort erheblich einfacher
87 zu organisieren. Damit dies gelingt und humanitäre Missstände
88 vermieden werden, bedarf es einer konsequenten und langfristig
89 angelegten Unterstützung der aufnehmenden Länder durch die EU. Bei
90 geeigneter Qualifikation und Integrationsbereitschaft ist eine
91 Bleibeperspektive in unserem Land möglich.
 - 92 ◦ Arbeitsmigration:
93 Deutschland braucht legale Migration. Hier setzen wir auf
94 diejenigen, die wir in unserem Land als Arbeitskräfte und zur
95 Sicherung unserer Sozialsysteme benötigen. Es bedarf schnellerer und
96 effizienterer Verfahren. Hierfür sind die Botschaften Deutschlands
97 entsprechend auszustatten. Die Programme zur Anwerbung und
98 Qualifizierung von Fachkräften in ihren Herkunftsländern sind
99 auszubauen, Qualifikationen und Ausbildung im Inland sind im Rahmen
100 gesonderter Programme zur forcieren. Im Herkunftsland erworbene

- 101 Qualifikationen sind unbürokratisch anzuerkennen, wo immer dies
102 möglich und vertretbar ist.
- 103 • Wir unterstützen die Umsetzung des Gemeinsamen Europäische Asylsystems
104 (GEAS).
 - 105 • Wir unterstützen Asylzentren an die Europäischen Außengrenzen.
 - 106 • Wir wollen weitere Drittstaaten in die Liste sicherer Herkunftsländer
107 aufnehmen.
 - 108 • Die Forderungsliste der schwarz-grün regierten Bundesländer für
109 stringentere Regeln bei der Zuwanderung und der Terrorismusbekämpfung
110 unterstützen wir.
 - 111 • Wir befürworten den Einsatz von mobilen und stationären Grenzkontrollen,
112 hierzu ist die Bundespolizei personell und organisatorisch entsprechend
113 auszustatten.
 - 114 • Wir befürworten die Abschiebung abgewiesener Personen unter
115 Berücksichtigung der Lage im Herkunftsland.
 - 116 • Wir befürworten die Abschiebung von Straftätern auch nach Syrien und
117 Afghanistan.
 - 118 • Wir befürworten eine Zuweisung von Geflüchteten an Gemeinden
119 ausschließlich nur bei einer entsprechenden Bleibeperspektive.
 - 120 • Wir benötigen dringend kürzere und straffere Aufnahmeverfahren.
 - 121 • Wir befürworten eine Einschränkung des Familiennachzugs.
 - 122 • Wir bekennen uns zu unserer humanitären Verpflichtung Menschen aus
123 Krisengebieten aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen aufzunehmen.
124 Die Anzahl dieser sog. Kontingentflüchtlinge ist aber grundsätzlich
125 abhängig zu machen von dem aktuellen Migrationsgeschehens. Hier helfen wir
126 häufig grade Frauen und Kindern, die es nicht schaffen aus eigener Kraft
127 zu uns zu kommen.

weitere Antragsteller*innen

Silke Stokar von Neuforn (KV Hannover); Ulrich Martin Drescher (KV Waldshut); Christian Sandau (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Hans-Jürgen Roos (KV Bergstraße); Michael Merkel (KV Bochum); Tilman Krösche (KV Heidekreis); Sina Maria Beckmann (KV Friesland); Cornelia Furtwängler (KV Biberach); Claudius Rafflenbeul-Schaub (KV Miesbach); Horst Becker (KV Rhein-Sieg); Markus Pfefferkorn (KV Bergstraße); Susanne Zissel (KV Berlin-Spandau); Richard Ralfs (KV Rhein-Sieg); Uwe Ney-Rancea (KV Berlin-Pankow); Jens Marco Scherf (KV Miltenberg); Reiner Daams (KV Solingen); Rebecca Harms (KV Lüchow-Dannenberg); Tilmann Holzer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Bernhard Müller (KV Aachen); sowie 61 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.